

21.02.2017

Bundesministerium des Innern
Referat R1
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

ausschließlich per Mail: R1@bmi.bund.de

Entwurf eines Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns nochmals für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht. Mit Schreiben vom 17.02.2017 hatten wir uns mit Blick auf die von Ihnen gesetzte sehr kurze Stellungnahmefrist ausschließlich zu § 56a AufenthG-E (Elektronische Aufenthaltsüberwachung) geäußert. In diesem Zusammenhang möchten wir erneut betonen, dass die Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung grundsätzlich begrüßt wird, eine Zuständigkeit der Ausländerbehörden jedoch nachdrücklich abgelehnt wird. In diesem Zusammenhang müsste auch § 95 Abs. 7 AufenthG-E (Art. 1 Nr.11) angepasst werden. Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf unser o.g. Schreiben. Im Folgenden möchten wir uns ergänzend zu weiteren Aspekten des Gesetzentwurfes äußern.

Grundsätzliches

Eine konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber erleichtert es den Kommunen, sich auf die Integration auf die Menschen mit Bleibeperspektive zu konzentrieren und trägt auch dazu bei, die Akzeptanz für Flüchtlinge in unserer Gesellschaft auf Dauer zu erhalten. Im Vordergrund steht dabei die freiwillige Ausreise. Sofern diese Maßnahmen keinen Erfolg haben, muss eine Rückführung auch in Form von Abschiebungen durchgeführt werden. Vor diesem Hintergrund werden die gesetzgeberischen Maßnahmen des Bundes, zusätzliche Verbesserungen im Bereich der Rückführungen zu erreichen, begrüßt, ungeachtet der Tatsache, dass in den Ausländerbehörden ein erhöhter Verwaltungsaufwand entsteht.

§ 2 Abs. 14 Nr. 5 AufenthG-E (Art. 1 Nr. 2)

Der Gesetzesbegründung sind keinerlei Hinweise zu entnehmen, wie der Gesetzgeber eine „erhebliche“ Gefahr für Leib oder Leben definiert. Bereits bei der Überstellungshaft (erhebliche Fluchtgefahr) stellt die Definition des Wortes „erheblich“ ein Problem dar. Es wird daher ein ergänzender Hinweis/Definition zumindest in der Begründung angeregt.

§ 48 Abs. 1 AufenthG-E (Art. 1 Nr. 3)

Die Ergänzung zu § 48 Abs. 1 Satz 1 – Einzug von ausländischen Pässen bei Mehrstaatern mit Pass- einziehungsgründen – ist zu begrüßen. In diesem Zusammenhang wurde aus der Fachpraxis angemerkt, dass zu einer effektiven Umsetzung der Regelung in jedem Fall sichergestellt sein muss, dass die Passbehörden die Ausländerbehörden über die Einziehung des deutschen Passes informieren. Zum anderen sei fraglich, ob die Ausländerbehörden Maßnahmen gegen deutsche Staatsangehörige treffen können und daher zumindest eine Anpassung in §§ 1 und 2 AufenthG erforderlich ist.

§ 56 AufenthG-E (Art. 1 Ziffer 4); § 60a Abs. 5 AufenthG-E (Art. 1 Ziffer 6); § 61 Abs. 1c AufenthG-E (Art. 1 Ziffer 7)

Die Regelungen zur Ausweitung der aufenthaltsrechtlichen Überwachung, zur Abschaffung der einmonatigen Widerrufsfrist nach über einjähriger Duldung sowie die erweiterten Möglichkeiten zur räumlichen Beschränkung des Aufenthalts werden begrüßt.

§ 62 Abs. 3 Satz 3 AufenthG-E (Art. 1 Ziffer 8); § 62b Abs. 1 Satz AufenthG-E (Art. 1 Ziffer 9)

Begrüßt werden auch die Bestimmungen zur Ausweitung der Sicherungshaft sowie des Abschiebege- wahrsams. Der praktische Erfolg der Maßnahmen wird auch davon abhängen, ob der tatsächliche Voll- zug aus der Sicherungshaft gelingt. Mit Blick auf das sehr zögerliche Verhalten einiger Herkunftslän- der bei der Identitätsklärung könnte die Frist der Sicherungshaft immer noch zu kurz bemessen sein.

§ 47 Abs. 1a AsylG-E (Art. 2 Ziffer 5)

Nach § 47 Abs. 1b AsylG-E können die Länder regeln, dass Ausländer abweichend von Abs. 1 der Vorschrift verpflichtet sind, bis zur Entscheidung des BAMF über den Asylantrag und im Falle der Ablehnung des Asylantrags bis zur Ausreise oder bis zum Vollzug der Abschiebungsandrohung oder -anordnung in der für ihre Aufnahme zuständigen Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Diese Regelung wird grundsätzlich begrüßt. Für die Städte ist besonders wichtig, dass Menschen ohne Bleibeperspekti- ve nicht auf die Kommunen verteilt und nach Abschluss ihres Asylverfahrens aus den Erstaufnahme- einrichtungen zurückgeführt werden. Wir sprechen uns jedoch dafür aus, die entsprechende Pflicht unmittelbar im Asylgesetz vorzusehen, also den Ländern insoweit kein Wahlrecht einzuräumen.

Änderung des Achten Buchs Sozialgesetzbuch (Art. 3)

Die Änderung wird grundsätzlich begrüßt, weil für die minderjährigen Ausländer eine frühzeitige Klä- rung der Bleibeperspektive ermöglicht wird, was integrationsfördernd wirken kann. Allerdings machen wir darauf aufmerksam, dass hiermit ein Verwaltungsmehraufwand für die Jugendämter verbunden ist.

Wir bitten Sie, die genannten Aspekte im Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen.

